13.12.2011

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Öffentliche Aufklärung und Aufarbeitung der rechtsterroristischen Anschläge der Zelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)!

Rechte Terroristen des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ haben über zehn Jahre lang in Deutschland unerkannt schwerste Verbrechen verübt, darunter eine Reihe kaltblütiger Morde, Sprengstoffanschläge und schwere Raubüberfälle. Sie töteten gezielt Mitbürger mit Migrationshintergrund und eine junge Polizistin. Dutzende weitere Menschen wurden teils lebensbedrohlich verletzt.

Angesichts dieser grausamen Serie von Kapitalverbrechen durch Neonazis in der Bundesrepublik ist eine öffentliche Aufklärung aller Vorgänge von großer Wichtigkeit. Die Verbrechen und ihr Verlauf, die Zahl und Identitäten der Unterstützerinnen und Unterstützer und mögliches Fehlverhalten staatlicher Behörden müssen dringend aufgeklärt werden.

Insbesondere die Frage inwieweit Nachrichtendienste in die Verbrechen verwickelt sind, bedarf der öffentlichen Aufklärung. Es zeigt sich bereits jetzt, dass die Verfassungsschutzämter viel stärker kontrolliert werden müssen. Aufklärung und Kontrolle dürfen nicht hinter verschlossenen Türen geschehen. Die Öffentlichkeit kann und muss ihr Informationsrecht ausüben können.

Hinsichtlich einer vollumfänglichen Aufklärung der jüngsten rechtsterroristischen Vorkommnisse müssen die gegenwärtigen Kontrollinstanzen für den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen wie auf Bundesebene als ungenügend angesehen werden. Das gilt auch für das Parlamentarische Kontrollgremium des Landtages von NRW, das einerseits nicht von allen in den Landtag gewählten Parteien besetzt ist und andererseits keine ausreichenden Kompetenzen zur Durchleuchtung und Überprüfung geheimdienstlicher Aktivitäten besitzt. Das zeigte sich beispielsweise bereits bei der Aufarbeitung des Brandanschlages 1993 in Solingen und der Verstrickung des V-Mannes Bernd Arthur Günther S., als dem damaligen Innenminister Herbert Schnoor (SPD) im Innenausschuss Verweise auf die gefährdete Funktionsfähigkeit der Verfassungsschutzbehörde sowie den Schutz geheimdienstlicher Quellen reichten, um den Abgeordneten mit Bezug auf § 9 (2) VSG NRW Informationen zu verweigern. Gleiches gilt für die Verfolgung mutmaßlicher Verfehlungen und Straftaten vonseiten der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes wie sie sich bereits im Fall des V-Mannes Sebastian S. im Jahre 2006 ergeben haben könnten. Damals stand der V-Mann-Führer des Waffen- und Drogenhändlers S. im dringenden Verdacht, seine mehrfach vorbestrafte Quelle am Telefon

Datum des Originals: 13.12.2011/Ausgegeben: 13.12.2011

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

vor polizeilichen Ermittlungen gewarnt zu haben. Der Mitarbeiter des VS entging der Strafverfolgung dadurch, dass das Innenministerium die Ermächtigung der Strafverfolgung verweigerte.

Ebenfalls kommt im Sinne der gesellschaftlichen Aufarbeitung der rechtsterroristischen Anschläge der Präventionsarbeit gegen Rechts auch zukünftig große Bedeutung zu. Durch die in der Förderrichtlinien des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ enthaltene, sogenannte „Demokratieerklärung“ erweckt die Bundesregierung den Anschein, dass ein Generalverdacht gegen sämtliche Träger von Projekten gegen Rechts besteht. Die Pflicht zur Regelüberprüfung der KooperationspartnerInnen fördert aber gerade ein Klima des Misstrauens und ist vollkommen kontraproduktiv im gemeinsamen Kampf gegen Neonazis und Neofaschismus.

Engagierte Demokratinnen und Demokraten bedürfen nicht des Generalverdachts, sondern der gesellschaftlichen Unterstützung. Der Landtag hat bereits die grundsätzliche Ablehnung der Bestätigungserklärung als Zuwendungsvoraussetzung aus den Richtlinien des Bundesprogramms beschlossen (Drs. 15/1388). In einem zweiten, nun dringend gebotenen Schritt, muss auch auf Bundesebene die Rücknahme dieser Erklärung eingefordert werden.

Staatliches Handeln ist kein Selbstzweck, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit verfolgt werden kann und darf. Wissen stellt für eine Demokratie keine Gefahr dar. Geheimnisschutz und im Geheimen operierende staatliche Institutionen hingegen befördern Lobbyismus, Korruption, Desinformation der Öffentlichkeit, schüren Misstrauen und schaden nicht nur dem Gemeinwohl, sondern auch dem Ansehen der Demokratie insgesamt.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt mit tiefster Empörung die menschenverachtenden Verbrechen der Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“. Der nordrhein-westfälische Landtag nimmt Anteil am Leid der Opfer und dem Leid ihrer Familien. Die Hinterbliebenen müssen endlich die volle gesellschaftliche Solidarität erhalten und können die vollständige politische und juristische Aufklärung aller Hintergründe, sowie eine Verurteilung der Täter und Unterstützer dieses rechten Terrors zu Recht erwarten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. alles dazu beizutragen, um öffentlich Klarheit herzustellen über die Gründe der Fehleinschätzungen, sowie mögliches Fehlverhalten und Unterstützung rechter Strukturen durch die Sicherheitsbehörden. Dazu muss eine unabhängige Untersuchung unter Beteiligung unabhängiger Sachverständiger auf Landes- und Bundesebene erfolgen. Die ausschließlich auf Basis von Geheimdienstinformationen und geheim tagenden Parlamentarischen Kontrollkommissionen von Bund und Ländern können dies nicht leisten. Die Betroffenen und die Öffentlichkeit haben ein Recht auf vollständige Aufklärung der Hintergründe, sowie ein Recht auf politisch verantwortliches Handeln.
2. sich bei der Bundesregierung für die Rücknahme der Kürzungen bei Programmen gegen Rechtsextremismus und die Rücknahme der jüngst eingeführten, sogenannten „Extremismus-Klausel“, mit welcher gesellschaftlich-antifaschistische Bildungsarbeit pauschal kriminalisiert und geschwächt wird einzusetzen,

3. die Zahl der V-Leute in Parteien, Organisationen, Kameradschaften und der gesamten rechten Szene, sowie die damit verbundenen Kosten unverzüglich zu veröffentlichen. Polizeiliche Ermittlungsarbeit darf nicht durch verdeckte Ermittler des Verfassungsschutzes behindert werden,
4. sich auch auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass alle politischen Gremien öffentlich tagen, damit die Überprüfbarkeit staatlichen Handelns durch die Öffentlichkeit garantiert wird,
5. sich auf Bundesebene für ein Abschalten aller V-Leute der Verfassungsschutzämter bei der NPD einzusetzen, damit ein erneutes NPD-Verbotsverfahren nicht gefährdet wird.

Anna Conrads
Wolfgang Zimmermann
Bärbel Beuermann
Özlem Alev Demirel

und Fraktion